

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Druck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Kur für Nachdruck: 20 011.

**Lebeck's** Dreieck-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Ermittlung und Sempelpflichtigkeit  
Verleumdung 38/40.  
Beratung von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Polizei-Bezirk 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei regelmäßiger Abnahme in Dresden oder durch die Post monatlich. Die Spalten 32 mm breite Zeile 4 75. — außerhalb Sachsens 4 100. — Familienanzeigen und Stellenangebote unter 100. — Einzelnummer 4 30. — Contingentsausgabe 4 40. — Vorzugspolize laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“. — Unentgeltliche Schenkungen werden nicht angenommen.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

### Personalverminderung bei der Reichseisenbahn

Kündigung und Entlassung für 25 000 Bedienstete.

**(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)**  
Berlin, 22. Dez. Die Reichseisenbahnverwaltung wird eine beträchtliche Personalverminderung durchzuführen. Bis zum 31. März sollen 5000 Werkstättenarbeiter einschließlich der ausgerechneten 2500 Lehrlinge entlassen werden. Ferner soll 20 000 Bediensteten die Kündigung aus dem Staatsdienste überreicht werden. Davon werden 6670 Arbeiter und Angestellte und 13 370 Beamte betroffen. Es soll versucht werden, von letzteren 4419 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung unterzubringen. 1115, die das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden zwangsdepensiert und für die übrigen 7756 Beamten ist die bloße Kündigung auszusprechen. Hierbei handelt es sich um Beamte, die noch keine längere als vierjährige Dienstzeit bei der Reichseisenbahn haben. Bei der Kündigung wird auch sonst eine besondere Auswahl getroffen. Es sollen solche Bedienstete ausgesucht werden, die sich als unbrauchbar oder arbeitsunfähig erwiesen haben, eine Doppelposten belegen usw. Da mit dem verminderten Personal unbedingt ausgekommen werden muß, soll die Auswahl so vorgenommen werden, daß nicht etwa wirklich brauchbare Bediensteten gefährdet sind. Wegen Zahlens von Uebergangsbefristungen an die zu Entlassenden soll noch besonders verhandelt werden. Wie weiter mitgeteilt wird, soll auch die Anzahl auf weniger benötigten Eisenbahnlinien eingeschränkt werden. Außerdem ist beabsichtigt, im neuen Haushaltsjahre eine Kürzung der Urlaubsdauer für sämtliche Beamte um drei Tage durchzuführen.

70-Mark-Strassenbahnkart in Berlin.

Berlin, 22. Dez. Der Fahrpreis der Berliner Straßenbahn wird am 2. Januar laut Beschluß der Verkehrsdeputation auf 70 Mark erhöht. Es sollen Versuche mit einem Zeitkreditkart gemacht werden. Dem Magistrat soll die Umwandlung in eine Gesellschaft empfohlen werden, die wirtschaftlichere Betriebsführung und bessere Kreditfähigkeit ermöglichen würde. (S. T. B.)

### Der Reichsausschuß der Landwirtschaft zur Brotverjorgung.

Berlin, 22. Dez. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft gibt eine Erklärung zur Krone der Brotverjorgung ab, in der u. a. gesagt wird, daß der Reichsausschuß auf Grund seiner umfassenden Kenntnis der Ernährungslage mit Rücksicht auf die ausgesprochene Wichtigkeit einer Erfüllung der Umlage für sachlich unmöglich halte, entgegen den Behauptungen des Reichsernährungsministeriums daß die Brotverjorgung gesichert sei. Unter der Voraussetzung, daß das Umlagegetreide entsprechend den Zinsen herbeikommt und das Reich in der Lage bleibe, die für die Getreideeinfuhr notwendigen Teufeln anzulassen, hatte der Reichsausschuß schon längst, daß die Brotverjorgung nur unter der Voraussetzung gesichert werden könne, daß mindestens 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden könnten. Außerdem habe er mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß nichts unverändert bleiben dürfe, um eine Brotverjorgung in möglichst großem Umlage herbeizuführen.

### Bayern und die neuen Sühneforderungen.

München, 22. Dez. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite hält die bayerische Regierung auch der neuen Note der Entente gegenüber an ihrem bereits früher eingenommenen Standpunkt fest, daß die Entscheidung über die Frage der Entschuldigungen ausschließlich dem Reiche aufliege. Was die Wahrgeltung der Bürgermeister betrifft, so wird die bayerische Regierung es ablehnen, sie vorzunehmen, da sie, weil die Bürgermeister freigelegte Gemeindegüter sind, gar nicht in der Lage dazu wäre, eine solche Wahrgeltung tatsächlich auszuführen. (S. T. B.)

### Die Berliner Reparationsverhandlungen.

Berlin, 22. Dez. Die Verhandlungen der Sachverständigen der Industrie und der Bankwelt im Reichsfinanzministerium haben gestern bis spät abends gedauert. Die von der Reichsregierung vorbereiteten Pläne sind im Laufe dieser Verhandlungen spezialisiert worden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, sondern sollen nach Weihnachten fortgesetzt werden.

### Europäisches Gleichgewicht und Meerengenfrage.

Wenn man das Wort „Gleichgewicht“ auf den heutigen Zustand unseres Kontinents übertragen will, so muß man es dahin umformen: „Europa ist aus dem Gleichgewicht geraten“. Europa hat das Gleichgewicht fast müde es schon wie eine alte halberstarrte Sage an, und doch war es noch bis zum Weltkrieg in Geltung und hat den größten Teil des 19. Jahrhunderts hindurch die kontinentale Politik beherrscht. Man sagt Honoré Lamour, daß er in diesem Punkte zu den Traditionen seiner großen Vorgänger Diderot, Gladstone und Salisbury zurückkehren und wenigstens die Anfänge eines neuen Gleichgewichts wieder ins Leben rufen wolle; von diesem Standpunkte aus soll er auch zu der für das französische Empfinden überraschenden ablehnenden Haltung gegen militärische Gewaltpläne gegenüber Deutschland gekommen sein. Um mehr als Anfangen kann es sich dabei freilich zunächst nicht handeln; denn solange die Gefahr der Friedensverträge noch über Europa geschwungen wird, ist die Herstellung eines allgemeinen Gleichgewichts nicht möglich, da es auf dem Grundsatze eines Ausgleichs der internationalen Machtverhältnisse beruht und deshalb mit einer Ordnung, die sich auf den Unterschied von Siegern und Besiegten gründet, unverträglich ist. Früher war es eine Hauptregel des Gleichgewichtsprinzips, daß keine europäische Macht der andern so wesentlich überlegen sein sollte, um die Vorherrschaft in Europa ausüben zu können, sondern daß alle sich gegenseitig in Schach hielten: kein übermächtiges Frankreich, kein allein gebietendes Deutschland, kein führender habsburgischer Staat, kein überragendes Rußland. So gliederte sich alles aus, und man sprach von dem „Koncert der europäischen Mächte“, in dem England sich mit Vorliebe als Dirigent zu betätigen beehrte. Die Macht Englands, die sich als kontinentaler Vormund aufspielte, bildete überhaupt eine Schattenseite der Gleichgewichtspolitik, die in London zur Förderung der britischen Sonderinteressen stark ausgenutzt wurde. Trotzdem lebte es sich im Zeichen des europäischen Gleichgewichts verhältnismäßig gut, bis schließlich nach dem Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 und nach dem Abbruch des Zweibundes und des Dreibundes das Gleichgewicht so übermäßig sein ausbalanciert wurde, daß die geringste Mehrbelastung der einen Bogenseite die andere scharf emporschnellen lassen und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenstoßes heraufbeschwören mußte. Die allseitige Furcht, eine solche Belastung herbeizuführen, erzeugte in den letzten Jahren vor dem Kriege eine schwere und dauernde Unruhe und Nervosität im gesamten öffentlichen Leben Europas. Die Schwellen der Weltkriegsperiode lag dem ganzen Kontinent schon in den Gliedern, und man bangte inständig vor dem Augenblick, wo das Gleichgewicht in die Brüche gehen würde. Vergleicht man die heutigen Verhältnisse mit den damaligen, so muß man sagen, daß der Gleichgewichtsgedanke trotz aller Mängel ein stark wirkender europäischer Ordnungsfaktor war, während gegenwärtig der ganze Kontinent einen chaotischen Eindruck macht und einer Gesamtschiffung, eines Systems, einer großen Linie in der internationalen Politik entbehrt. Früher gab es eine europäische Politik, heute gibt es keine.

Einen der schwächsten und empfindlichsten Punkte des europäischen Gleichgewichts bildeten von jeher die Meerengen, weil dort der russisch-englische Gegensatz, der viele Jahrzehnte die internationale Politik beeinflusste, am stärksten in Erscheinung trat. Unter den Meerengen verstand man im politischen Sinne nicht bloß den Bosporus, der von Konstantinopel beherrscht wird, und die Dardanellen, sondern auch das Marmarameer und die Schifffahrtsrinnen, die von den im Regäßischen Meere den Dardanellen vorgelagerten Inseln gebildet werden. Das Gesamtgebiet stellt sich folgendermaßen dar: Schwarzes Meer, Bosporus, Marmarameer, Dardanellen, Regäßisches Meer mit den Inseln, das ins Mittelmeer führt. Da die Donau ins Schwarze Meer mündet, so sind die Meerengen im weiteren Sinne nur die natürliche Verlängerung dieses großen mittel-europäischen Flußweges, der auf solche Weise mit dem Mittelmeer verbunden wird. Es sind daher nicht bloß die unmittelbaren Anlieger der Meerengen, Rußland, Ukraine, Georgien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, sondern auch die habsburgischen Nachfolgestaaten, Tschecho-Slowakei, Estland, Lettland, Ungarn, deren wirtschaftliche Entwicklung von der Donauwirtschaft abhängt, an der Lösung der Meerengenfrage im Sinne allgemeiner Handelsfreiheit interessiert, und auch Deutschland kann nicht mehr wie ehemals den bloßen Zuschauer spielen, sondern ist wegen seiner weltwirtschaftlichen Interessen stark beteiligt und wird es noch mehr werden, wenn erst der Rhein-Main-Donau-Kanal fertiggestellt ist. Es ist also eine geradezu enorme Anhäufung der verschiedensten Fäden und Verzweigungen, die an den Meerengen zusammenstreffen. Hier ein entscheidendes Augenblick zu schaffen, ist nur möglich, wenn vor allem der russisch-englische Gegensatz seiner Schärfe entkleidet und auch der Türkei eine angemessene

### Borverhandlungen für die Januar-Konferenz.

#### Die Grundlagen der Reparationspolitik für Paris und London.

London, 22. Dez. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erzählt, daß die Besprechungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Januar-Konferenz fortgesetzt wurden, auf französischer Seite hauptsächlich durch den französischen Vorkonferenzen in London St. Aulaire, der kürzlich Paris besuchte und Unterredungen mit Poincaré hatte. In französischen offiziellen Kreisen werde darauf behauptet, daß die Grundlage der französischen Politik in der Rede ausgedrückt werde, die Poincaré kürzlich in der Kammer gehalten habe, während Lord Lansdowne über dieselbe Frage im Unterhause weiterhin als Grundlage der britischen Politik angesehen werde. Es wäre daher versucht, anzunehmen, daß beide Standpunkte ausgearbeitet seien. Frankreich sei neugierig, die Gewährung selbst eines kurzen Moratoriums an Deutschland abzuwehren, ausgenommen gegen besondere Pfänder. Man hoffe, daß sich Frankreich mit einer Verpfändung der Einfälle begnügen werde, und nicht die tatsächliche Besetzung oder Uebernahme der deutschen Staatsbetriebe und Vorken verlangen werde. Man glaube, daß England vielleicht der Ueberweisung gewisser Rollen an die Alliierten zustimmen werde. Es sei wohl bekannt, daß selbst der britische Delegierte in der Reparationskommission daran zweifle, daß solche Pfänder vorzuziehen seien, jedoch der Ansicht sei, daß sie nicht besonders nachteilig sein würden. — Dem Berichterstatter zufolge hat Frankreich den Gedanken an die Ruhrbesetzung noch nicht ganz aufgegeben. Sicher würde eine Aktion in diesem Sinne aufgeschlossen, und sie wird unternommen werden, es sei denn, daß ander Pläne zur Regelung der Reparationsfrage abgemacht. (S. T. B.)

#### Clappenweises Vorgehen gegen Deutschland.

Auf dem Wege zur englisch-französischen Einigung. — Ein Ultimatum über die Rheinpfänder?  
Paris, 22. Dez. Die englisch-französischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Januar-Konferenz dauern an, und es scheint, daß man zwar noch nicht ganz einig ist, immerhin aber bereits eine geeignete Grundlage gefunden hat. So meldet David, daß man sich auf ein clappenweises Vorgehen gegen Deutschland einigen werde. Man werde Deutschland ein Moratorium zu genau umschriebenen Bedingungen gewähren. Das „Petit Journal“ weiß darüber noch mehr mitzuteilen. Danach würde Deutschland ein zweijähriges Moratorium erhalten unter den Bedingungen, daß die deutschen Finanzen saniert werden, eine lautere Anteihe ausgeben wird und daß die Pfänder, über die im August in London eine Einigung erzielt wurde, sofort eingelöst werden. Es handelt sich dabei um eine Beschlagnahme der staatlichen Erben und Vorken

im Rheintal. Dieses Problem solle Deutschland in der Form eines Ultimatum unterbreitet werden. Falls Deutschland die Annahme verweigern sollte, würden sich Frankreich und England über die Besetzung des Ruhrgebietes besonders einigen.

### Eine französische Mitteilung an Amerika.

Vorläufig keine Gewaltpläne.  
New York, 22. Dez. Der „New York Herald“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat von Paris die Bekräftigung der Blättermeldung erhalten, daß Frankreich sich zunächst nicht mit dem Plane trage, Anfang Januar das Ruhrgebiet zu besetzen. Staatssekretär Hughes sei von Paris inoffiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Frankreich in der Reparationsfrage keine ausfallenden Schritte unternehmen werde, bis die schwebenden Verhandlungen zwischen den alliierten Premierministern einigermaßen zum Abschluß gekommen seien. Gleichzeitig werde dem „New York Herald“ zufolge in Washington der Nachdruck mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen vom Rhein zurückziehen würden, wenn die Franzosen weiter nach Deutschland einrückten. (S. T. B.)

### Frankreichs und Italiens Ablehnung der amerikanischen Intervention.

Paris, 22. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet zu den Gerüchten über eine mögliche Intervention Amerikas hinsichtlich einer Restitution der deutschen Verpflichtungen durch ein Bankrotverfahren, es werde erklärt, daß der Quai d'Orsay und die Consulta offiziell ein derartiges Angebot durch ihre Vorkonferenzen in Washington erhalten hätten. In Paris, besonders aber in Rom habe man diesen Vorschlag für unannehmbar erklärt. (S. T. B.)

### Der Grund für Amerikas Initiative.

New York, 22. Dez. (Meuter.) Der Präsident der Handelskammern der Vereinigten Staaten Barnes hat eine Erklärung abgegeben, in der er sich durchaus günstig über den Vorschlag einer Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage auf Grund amerikanischer Initiative äußert. Die Aktion der amerikanischen Regierung sei sicherlich nicht auf eine deutsche Annäherung zurückzuführen, sondern zweifellos von der Ueberzeugung eingeleitet, daß der Weltfrieden und die Wiederherstellung der alliierten Länder in hohem Maße durch eine Regelung der Reparationsfrage erleichtert werden würden.

Dollar (Amtlich): 6775  
Im Privatverkehr abends 6 Uhr: 6830